

Rubrik Ökumene teilen die Bischöfe mit, sie würden das Ergebnis ihrer bisherigen Bemühungen in der Frage der Zulassung der evangelischen Christen zur Eucharistie dem Einheitssekretariat in Rom unterbreiten. Da sie, wie eben erwähnt, isolierte Schritte ausschließen und allein auf eine gesamt-kirchliche Lösung setzen, hätte man gerne den Inhalt der betreffenden Vorschläge kennengelernt. Wenn man sich im kirchlichen Amtsbereich im-

mer wieder – und zu Recht – darüber beklagt, daß die Kirche nur schwer den Weg über die Medien zur Bevölkerung finde oder hauptsächlich Sensationelles aus dem Bereich der Kirche auf publizistisches Interesse stoße, dann könnte man von seiten des kirchlichen Amtes dem wenigstens in der Weise abhelfen, daß das kirchlich Wichtige von ihr selbst in einer publizistisch mitteilbaren Form geboten wird.

E. M.

zeitigen Zeitpunkt kaum angebrachte Unterstützung der Machthaber in Hanoi, die angeblich mit diesem „Ereignis“ überall in der Welt hausieren gehen und somit über die wahre Situation und ihre wahren Absichten hinwegtäuschen. Gefährlich für die innerkirchliche Entwicklung und Konsolidierung könnten zudem die in einem anderen Teil der katholischen Bevölkerung besonders des Südens umlaufenden Gerüchte werden, die Ernennung des nordvietnamesischen statt des südvietnamesischen Erzbischofs sei als klare Absage an den „regierungsfreundlichen Kooperationskurs“ des Saigoner Oberhirten durch den Papst zu verstehen (vgl. „America“, 18. 9. 76).

## Vietnams Kirche umworben und bedrängt

Es wird immer schwieriger, sich ein genaues Bild von der Lage der Kirche in Vietnam zu machen. Zu widersprüchlich sind die Worte und Taten, die Berichte und Kommentare. Ausländische Missionare, Brüder und Schwestern sind allem Anschein nach nicht mehr im Lande. Die Ausweisung kam gruppenweise und nach Regionen aufgeteilt viel schneller, als man ursprünglich erwartet hatte. Von Ausweisung ist natürlich niemals die Rede. Statt dessen heißt es, die Bevölkerung bitte die Missionare, nun das Land zu verlassen. Die Regie bei diesem Vorgang war zum Schluß so verfeinert, daß den Ausgewiesenen offiziell der „Dank für all das, was sie über so viele Jahre hinweg für Vietnam getan haben“, ausgesprochen wurde. Darauf folgte dann der Zusatz: „Aber jetzt, da die Politik der Religionsfreiheit gesichert ist, ist die Anwesenheit von ausländischen Missionaren nicht länger erforderlich, der vietnamesische Klerus reicht aus“ (NCNS, 23. 7. 67).

### Sanfte Taktik Hanois

Entgegen manchen Vermutungen kehrte der neu ernannte vietnamesische Kardinal *Trin-nhu-Khuê* von Hanoi nach einem längeren Europaaufenthalt im Anschluß an das Konsistorium vom 23. Mai (vgl. HK, Juli 1976, 336 ff.) inzwischen nach Vietnam zurück. Dort wurde er sogleich vom Ministerpräsidenten des mittlerweile

vereinten Vietnam, *Pham Van Dong*, empfangen. Bei dieser Gelegenheit überreichte der Kardinal einen Brief aus Rom, der – wie es heißt – den Dank des Papstes für die Ausreisegenehmigung enthalten hat (NCNS, 15. 9. 76). Wie schon verschiedentlich zuvor betonten auch bei diesem Treffen beide Seiten wieder, wie gut die Beziehungen zwischen Staat und Kirche gediehen seien und wie wichtig eine engagierte Mitarbeit der Katholiken beim Aufbau der Nation sei. Von einem „offenen Gespräch“ war übrigens wenige Tagespäter erneut die Rede, als der Ministerpräsident auch den Erzbischof von „Ho-Chi-Minh-Stadt“ (früher Saigon), *Nguyen Van Binh*, empfing. Dennoch bleibt es bezeichnend für die augenblickliche Lage, daß nicht beide Repräsentanten der Kirche gleichzeitig dem Ministerpräsidenten ihren Besuch abstatteten. Während alle gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen angehalten sind, unverzüglich die Zusammenlegung bzw. die Ausdehnung auf das gesamte vietnamesische Gebiet einzuleiten, hat die katholische Kirche bisher noch nicht die Gelegenheit zu einer solchen Zusammenarbeit, nicht einmal zu einem Vorgespräch oder ersten Treffen, erhalten. Wenn auch die Vietnamesen insgesamt wohl stolz auf die Ernennung eines „eigenen“ Kardinals sind, so scheint die Entscheidung Roms für den Hanoier Erzbischof doch nicht bei allen volle Zustimmung zu finden. Viele Katholiken sehen darin eine allzu offene und zum der-

Vergleicht man aber einmal die öffentlichen Äußerungen der beiden Erzbischöfe aus der letzten Zeit, so lassen sich zumindest daraus kaum Unterschiede in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage und der notwendigen Anpassungsstrategie erkennen. Bei einem Besuch der Kongregation für die Glaubensverbreitung im Juli in Rom betonte Kardinal *Trin-nhu-Khuê* erneut, daß die Bevölkerung von Vietnam zur Zeit große Anstrengungen unternahme, um das Land wieder aufzubauen und zu entwickeln. Die Kirche, deren Aufgabe das Dienen sei, beteilige sich auch an diesem Aufbauwerk. Überdies versuche sie, wahre Brüderlichkeit, die volle Entwicklung des Menschen und vor allem die geistigen Werte zu fördern. Die katholische Gemeinschaft lebe bescheiden, besitze aber viel Lebenskraft. In Pfarreien, in denen ein Priester sei, gingen die Katholiken sonntags zur Messe. Doch auch dort, wo keiner zur Verfügung stehe, gingen sie zur Kirche, um gemeinsam zu beten und die Liturgie des Wortes zu halten. Gruppen von Kindern würden regelmäßig zur Kathedrale gebracht, um Erstkommunion und Firmung zu erhalten. Nach Auskunft des Kardinals sind gegenwärtig im Hanoier Priesterseminar elf Priesteramtskandidaten, von denen einige bald geweiht und in Pfarreien geschickt werden könnten. Wörtlich fügte er hinzu: „Wir glauben fest an die Zukunft unserer Menschen, weil wir ihre

Tugenden kennen, und haben großes Vertrauen auf die Lebenskraft der Kirche, die die volle Entwicklung des Menschen in der vietnamesischen Gesellschaft fördern möchte“ (Fides, 21. 8. 76).

Erzbischof Nguyen Van Binh setzte die Serie der Erklärungen und Stellungnahmen fort. Nach dem zweiten Treffen der Bischöfe des Südens seit dem Fall Saigons Ende April 1975, das Mitte Juli in Saigon stattfand und als „Versammlung der Bischöfe der Kirchenprovinzen von Saigon und Hué“ firmierte, ohne daß erkennbar wurde, welche Bischöfe daran teilnahmen, veröffentlichten sie einen gemeinsamen Hirtenbrief (vgl. SNOP Nr. 231, 1. 9. 76). Darin heißt es, man habe sich erneut getroffen, um den Gläubigen eine „pastorale Orientierung zu geben, die – wie wir meinen – an die Kirche unter den aktuellen Umständen angepaßt ist“. Sie enthält einen leidenschaftlichen Appell an alle Katholiken, „die Pflichten gegenüber Vaterland und Gesellschaft zu erfüllen“. Wirtschaft und Sozialleben brauchten die Mitarbeit aller. Eindringlich warnen die Autoren vor dem Gedanken an einen „katholischen Block als politische Kraft“, denn im politischen Bereich seien die Katholiken Teil der nationalen Gemeinschaft. Sie teilten mit ihren Mitbürgern die gleiche Freude über die Unabhängigkeit und Wiedervereinigung, die gleiche Hoffnung auf eine entwickelte und glückliche Nation und die gleiche Besorgnis, weil es noch viele Schwierigkeiten zu überwinden gelte. Die Zusammenarbeit der Katholiken mit ihren nichtkatholischen Mitbürgern widerspreche in keiner Weise dem Glauben oder dem christlichen Gewissen.

### Angelpunkt der Probleme: Staatsatheismus

Aus dem wiederholten Auftauchen des Themas Atheismus und Christentum (es findet sich u. a. in diesem Hirtenbrief und in einem Brief des Saigoner Erzbischofs an die in Frankreich erscheinende Zeitschrift „La vie catholique“) kann man wohl den Schluß zie-

hen, daß hier ein entscheidender Punkt der gegenwärtigen innerkirchlichen Dispute liegt. Es scheint überhaupt der Angelpunkt für das zukünftige Verhalten und Wirken der Kirche zu sein. In dem Hirtenbrief geben die Bischöfe zu, daß viele Katholiken vor der Schwierigkeit stehen, wie sie den Sozialismus akzeptieren können, der auf dem atheistischen Materialismus gründet. Die Antwort, die die Bischöfe geben, lautet: „In der Tat gibt es zwischen dem christlichen Glauben und der marxistisch-leninistischen Doktrin einen fundamentalen Gegensatz; das ist allgemein bekannt. Dennoch bedeutet dies noch nicht, daß es keinen Dialog und aufrichtige Zusammenarbeit für diejenigen gibt, die dem Menschen gemeinsam dienen, ob sie nun einen Auftrag individuellen oder sozialen Charakters erfüllen.“ Gestützt wird diese Aussage durch verschiedene Zitate aus der Pastoralkonstitution „Gaudium et spes“ und aus der Enzyklika „Pacem in terris“.

Der Saigoner Erzbischof macht es sich in dem erwähnten Brief an die französische Zeitschrift, der von Katholiken Südvietnams heftig attackiert worden sein soll, indes einfacher (vgl. NCNS, 31. 8. 76). Er gesteht, daß Katholiken immer wieder darauf hinweisen, die Kommunisten seien doch Atheisten und hätten im übrigen an vielen Orten die Christen inhaftiert. Ja, diese Menschen fragten sogar, wieso die Kirche hier nicht energisch Widerstand leiste. Seine Antwort: „Die revolutionären Autoritäten haben klar die Freiheit des religiösen Glaubens proklamiert. Wir nehmen diese Position ernst, und in der Tat wurde im vergangenen Jahr die Freiheit des religiösen Glaubens beachtet, liturgische Zeremonien finden normal statt, und Konversionen zum katholischen Glauben gibt es weiterhin.“ Erst in einem Nachsatz spricht er von „einigen vom religiösen Standpunkt aus bedauerlichen Vorfällen“, die es an „einigen Orten, vorwiegend in abgelegenen Gegenden“, gegeben habe. Dies sei wohl zum Teil das Ergebnis weiterbestehender Vorurteile unter den örtlichen Parteikadern. Er sei jedoch zuversichtlich, daß auch diese politischen

Kader „uns in absehbarer Zeit besser verstehen“.

Kein Wort also von den wahrscheinlich 200 inhaftierten katholischen Priestern, vom Todesurteil gegen den Pfarrer *Nguyen Huu Nghi*, der angeblich von seiner Kirche Vinh-Son aus eine bewaffnete Rebellion vorbereitete, kein Wort von der antikirchlichen Propaganda, von den Umerziehungskursen, vom systematischen Zurückdrängen der Kirche aus dem öffentlichen Leben und von der ständigen Behinderung der Kirche durch Unterbindung von Reisen und Kontakten. Dadurch wird z. B. die Neubesetzung von Pfarreien, die bisher von Ausländern betreut wurden, weitgehend unmöglich gemacht. Verschiedene Berichte von erst jüngst Ausgewiesenen lassen erkennen, daß eine große Zahl von Katholiken die Haltung des Erzbischofs nicht mehr versteht. Sie glauben, er habe sich geradezu naiv dem Willen und den Einflüsterungen der sogenannten „progressiven“ Katholiken angeschlossen und sei quasi eine Marionette in deren Händen. Sie werfen ihm Schwäche bei der Behandlung des Falles seines designierten Nachfolgers, des Koadjutors *Nguyen Van Thuan* (vgl. HK, Juli 1975, 324) vor, der zunächst in die Nähe von Dalat abgeschoben, dann in dem kleinen Dorf Cay Vong isoliert und schließlich dort im März verhaftet worden ist. Ein Protest des Erzbischofs wurde nicht bekannt. Statt dessen mußten sich viele Katholiken düpiert fühlen, als sie Ende September auf der Titelseite der Parteizeitung *Nhan Dan* ein Foto vom Treffen des Ministerpräsidenten mit dem Erzbischof sahen, der vom neuen Koadjutor *Nguyen Ngoc Quang* begleitet war. Die „*Far Eastern Economic Review*“ (8. 10. 76), die schon das Zusammentreffen in Hanoi ein „historisches Ereignis nannte, das „den letzten offiziellen Stempel unter die Versöhnung zwischen der antikomunistischen römisch-katholischen Kirche des Südens und der vereinigten kommunistischen Regierung setzte“, glaubte darin „ein Symbol der Bemühungen der Kirche um Aussöhnung mit den neuen politischen Realitäten“ zu sehen. Viele Katholiken Vietnams

dürften dem wohl nicht zustimmen. Nach übereinstimmender Meinung von Beobachtern, die in letzter Zeit im Lande waren, kann man davon ausgehen, daß eine kleine Gruppe von Katholiken uneingeschränkt die neue politische Richtung unterstützt, daß eine etwas stärkere Gruppe ebenso energisch die neue Regierung bekämpft und sich zum Teil sogar im Untergrund arbeitenden Widerstandsgruppen angeschlossen hat und daß schließlich die Mehrheit der Katholiken still und furchtsam, verunsichert und bedrückt wegen des Verlustes ihrer Wirkmöglichkeiten ist. Und diesen Menschen fällt es natürlich schwer, ihren Erzbischof zu verstehen, der lange Zeit hindurch das frühere Regime gestützt hat. Sie können nicht verstehen, daß er heute viel umworbener Bischof

ist, während z.B. führende Vertreter der gegen den früheren Präsidenten Thieu gerichteten Anti-Korruptionsbewegung heute im Gefängnis sitzen.

### „Neue Ethik“ als Religionsersatz

Die Partei ihrerseits tut alles, um derzeit noch das Wohlwollen der Hierarchie zu erhalten. Zwar sind der Kirche alle Möglichkeiten des Einflusses im sozio-ökonomischen Bereich genommen, doch wirbt die Partei darum, daß die Bischöfe und Priester die Gläubigen anhalten, sich in die neuen Wirtschaftszonen außerhalb der Städte versetzen zu lassen. Sowohl bei dieser Aufgabe als auch bei der Vermittlung der „richtigen Einstellung“ zur neuen

Moral und Arbeitsethik greifen die Behörden lieber auf die Kirche zurück, weil sie die Erfahrung gemacht haben, daß die Geistlichen mehr Erfolg haben als die Politikommissare. Gleichzeitig hat ein wohldosiertes und geplantes Ringen um die Katholiken begonnen, sei es durch Umschulung und marxistische Unterweisung oder durch beharrliches Proklamieren der patriotischen Aufgaben. Immer mehr wird damit der Patriotismus zum Gegenspieler der Religion, der Ho-Chi-Minh-Kult und die neue Ethik zum Religionsersatz. Angriffe gegen die Religion werden durchweg als Angriffe gegen die fehlende patriotische Einstellung deklariert. Die Folgen dieses Vorgehens haben nicht nur die Katholiken, sondern ebenso die Protestanten und Buddhisten zu spüren. N.S.

## Politische Entwicklungen

# Die Bundestagswahlen 1976

## Die Daten und ihre Interpretationen

Kaum ein Wahlergebnis seit der Gründung der Bundesrepublik wurde mit mehr Spannung erwartet als das vom 3. Oktober 1976. Ein Kopf-an-Kopf-Rennen war die Prognose der demoskopischen Institute, von der nur einzelne Umfrageergebnisse um ein bis zwei Prozent abwichen. Ähnliches vermuteten, wenn auch mit unterschiedlichen Aussichten für sich und den politischen Gegner, die politischen Parteien. Stimmen im Lager der Koalition und unter den ihr nahestehenden Journalisten, die aus Zweckoptimismus oder aus Überzeugung auf Grund einer deutlichen Aufholbewegung der SPD vor allem während der heißen Wahlkampfphase das Rennen dennoch für gelaufen hielten, hatten sich getäuscht: es blieb beim knappen Ergebnis: 50,5 Prozent für die Parteien der Koalition, 48,6 Prozent für die Unionsparteien, nur 0,9 Prozent für die politischen Splittergruppen auf der Rechten und auf der äußersten Linken.

Bedenkt man, daß kein seriöser Prognostiker der CDU/CSU mehr als eine ganz knappe Mehrheit der Sitze zutraute, so war der knappe, von 9,4 (1972) auf 1,9 Prozent zusammengeschrumpfte Vorsprung der Koalitionspar-

teien so ziemlich genau das Ergebnis, das man realistisch erwarten konnte. Denn daß die *politische Grundstimmung* im Lande bereits seit Herbst 1973 bei nur kurzfristigen Erholungsphasen der Koalitionsparteien sich zugunsten der Union entwickelt hatte, konnte bereits vor der Wahl nicht gut in Abrede gestellt werden. Hinzu kam, daß sich die SPD durch die CDU/CSU-Wahlkampfparole „Freiheit statt/oder Sozialismus“ deutlich in die Defensive hatte drängen lassen. Andererseits gab es genügend „klassische“ Wahlfaktoren, die eindeutig die Koalition begünstigten: einen Kanzler mit hohen Macherqualitäten, dessen pragmatisch-konservative Politik einen Teil der Wähler die die Trendwende zugunsten der Union verursachenden Befürchtungen gegenüber einer vermeintlich oder wirklich in der Nähe von Systemveränderern angesiedelten Sozialdemokratie vergessen ließ; den in seiner personellen Repräsentation unter dem Gesichtspunkt politischer „Leistung“ gewiß eindrucksvollen kleinen Koalitionspartner; die günstige Wirtschaftsentwicklung, die angesichts akuter Krisen in den europäischen Nachbarstaaten (Frankreich, England, Italien) die Bundesrepublik als ein Land einsamer Prosperität erscheinen ließ; schließ-